

Die Hilfe, die der Staat nicht leistet



Die Absetzbarkeit von Spenden schafft auch ein notwendiges Bewusstsein.

VON ANDREAS SCHWARZ

Es war der letzte Arbeitsakt der neuen Regierung in diesem Jahr: Neben einem zweiten Konjunkturpaket für die Wirtschaft beschlossen Rot und Schwarz die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für all jene Organisationen, die „Mildtätiges“ leisten.

Der Zusammenfall mit der Weihnachtszeit, in der die Geldtaschen offener sind als sonst übers Jahr, ist rein zufällig. Der Zusammenfall mit der einbrechenden Konjunktur nicht: Gerade karitative Organisationen haben als Erste zu spüren bekommen, dass die Geldtaschen eben nicht mehr so weit offen sind wie früher.

Die Aussicht, von 100 Euro Spende zwischen 36 und 50 Euro vom Fiskus wieder zurückzubekommen, soll dazu animieren, ein bisschen mehr Geld locker zu machen. Und vor allem Großspender, die nicht selten auch für ihr Image spenden – was egal ist, wenn's einem guten Zweck dient –, könnten damit gelockt werden.

Das Hickhack darüber, dass Umwelt- und Tierschutzorganisationen nicht betroffen sind und sich einem „lebensbedrohlichen Anschlag“ ausgesetzt sehen, der ehemalige Tiergartendirektor, der aus Protest dagegen ein ÖVP-Mandat im *ORF* niederlegt, sind Nebenfronten. Dringendere Unterstützung brauchen andere.

Ehrenamtlich mildtätige Organisationen bekommen diese Unterstützung vom Staat nun auch deshalb zu Recht, weil das Gemeinwesen ohne sie nicht funktionieren würde.

Engagement Rund 150.000 Österreicher engagieren sich in sozialen Organisationen, die Tätigkeiten ausüben, die der Staat nicht leistet. Beziehungsweise für die er, würde er sie übernehmen, nach differierenden Schätzungen 500 bis mehrere Milliarden Euro aufwenden müsste (und da sind eine Reihe ehrenamtlicher Gruppen wie Freiwillige Feuerwehren nicht eingerechnet).

Dass diese Arbeiten ehrenamtlich geleistet werden, ist übrigens kein Versäumnis des Staates. Im Gegenteil. Es fördert das ohnehin degenerierende Bewusstsein, dass Hilfe, Nachbarschaftshilfe, Barmherzigkeit in einer Gesellschaft Aufgabe jedes Einzelnen sein sollte.

Würde Fürsorge komplett von staatlichen Einrichtungen übernommen, würde auch die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe sinken – der Staat macht's eh, und Mitleid lässt sich ja so leicht delegieren.

Das heißt nicht „mehr privat, weniger Staat“ im Sozialbereich. Das heißt nur, dass der Staat durchaus auch die gesellschaftspolitische Aufgabe haben kann, Initiative und Einsatz für den Schwächeren zu fördern, ob das im Bereich der Kranken- oder Pflegehilfe, der Hospiz- oder der Armenbetreuung über Hilfsorganisationen ist – auch wenn Armutsverhinderung bis zu einem gewissen Grad eine Staatsaufgabe wäre.

Die Unterstützung für Hilfsorganisationen mittels steuerlicher Absetzbarkeit von Spenden ist somit, abgesehen vom finanziellen Aspekt, eine Art Bewusstmachung: Ohne gegenseitige Hilfe ist eine Gesellschaft arm. Eine Botschaft, die vielleicht über Weihnachten hinaus geht.

andreas.schwarz@kurier.at